

ERHALTUNGSVERORDNUNGEN

Neue Quartiere unter Milieuschutz

Friedrichshain-Kreuzberg hat ein großes Gebiet neu unter Milieuschutz gestellt. Auch Pankow will in diesem Frühjahr mit den ehemaligen Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg so verfahren. Zwei Schöneberger Kleze sollen im Laufe des Jahres folgen. Damit erhalten rund 118 000 Bewohner einen größeren Schutz vor Luxusmodernisierungen und Verdrängung.

Bereits im November hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die soziale Erhaltungsverordnung für das Gebiet Petersburger Straße beschlossen. In dem Areal, das sich beiderseits der Magistrale von der Frankfurter bis zur Landsberger Allee erstreckt, wohnen 21 500 Menschen. Es ist das siebte Milieuschutzgebiet des Bezirks und das zweitgrößte Berlins. Wo eine soziale Erhaltungsverordnung – so heißt der Milieuschutz offiziell – gilt, kann der Bezirk besonders kostentreibende Modernisierungsmaßnahmen verbieten, um die soziale Zusammensetzung der

Bewohnerschaft nicht zu gefährden. Auch Pankow weitet den Milieuschutz aus. Schon im letzten Jahr wurde das bestehende Milieuschutzgebiet Pankow-Zentrum um das ehemalige Sanierungsgebiet Wollankstraße erweitert. Weiter geht es im Ortsteil Prenzlauer Berg: Dort sollen in diesem Frühjahr die aus der Sanierung entlassenen Quartiere Teutoburger Platz, Kollwitzplatz, Winsstraße und Böttzowstraße sowie das noch bestehende Sanierungsgebiet Helmholtzplatz unter Schutz gestellt werden. Die vorhandenen kleineren Milieuschutzgebiete sollen darin aufgehen. Damit wäre beinahe der gesamte Altbaubestand Prenzlauer Bergs erfasst.

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat im letzten Jahr Milieuschutzverordnungen für die beiden Gebiete Bayerischer Platz/Barbarossaplatz und Großgörschenstraße/Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg auf den Weg gebracht. Zusammen beherbergen sie 28 000 Einwohner. Wenn Tempelhof-Schöneberg und

Foto: Nils Richter



Das Quartier um den Petersburger Platz ist das zweitgrößte Milieuschutzgebiet Berlins

Pankow ihre Vorhaben umgesetzt haben, werden in Berlin insgesamt rund 280 000 Menschen im Milieuschutz wohnen.

Derweil schuldet der Senat den Bezirken immer noch die versprochene Umwandlungsverordnung. Damit könnten die Bezirke die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verbieten und dem Milieuschutz zu deutlich mehr Schlagkraft verhelfen. Nach Hamburg hat nun auch das CSU-geführte Bayern eine solche Verordnung erlassen, während in Berlin die Christdemokraten noch immer blockieren.

Jens Sethmann